



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN November 2004

Weltjugendtag 2005 - BUND-Erfolg: **Kreuzkröte darf bleiben**

Von vorbehaltloser Zustimmung bis zur Androhung körperlicher Gewalt reichte das Spektrum der Reaktionen auf den auch vom BUND mit bewirkten Rückzug der Veranstalter des katholischen Weltjugendtages 2005 (WJT) aus der geschützten Hangelarer Heide bei Bonn. Selbst höchste kirchliche Würdenträger beschimpften den BUND öffentlich, eine Flut von Anrufen und e-Mails überschwemmte den BUND nicht nur in NRW.

Was war geschehen: Die Organisatoren des WJT 2005 hatten ausgerechnet die Hangelarer Heide - ein großflächig geschütztes Gebiet mit seltenen Biotoptypen und 130 Rote Liste-Arten wie z.B. der Kreuzkröte - als Standort für den vom Papst zelebrierten Abschlussgottesdienst erkoren. Bis zu 1,3 Mio. TeilnehmerInnen werden zu diesem Ereignis erwartet; 100 Mio. Euro - zumeist öffentlicher Gelder - kostet das Event. Der BUND hatte frühzeitig auf die Unvereinbarkeit des Vorhabens mit dem Naturschutzrecht hingewiesen. Ein erzielter Kompromiss scheiterte am Veto der örtlichen Landschaftsbehörde, ein vom BUND präsentierter geeigneter Alternativ-Standort wurde zerredet.

Dann tauchte ein weiteres, vom BUND schon frühzeitig benanntes, seitens der

Veranstalter nicht bedachtes Problem auf: Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg. Etliche hundert alte Fliegerbomben werden in der Hangelarer Heide vermutet. Dieses Risiko erschien den Veranstaltern zu hoch. Eine Kampfmitteldetektion und spätere -räumung aber hätte wegen des Schutzstatus eine BUND-Beteiligung zwingend erforderlich gemacht, wurde aber unterlassen. Dagegen legte der BUND Rechtsmittel ein („Partizipationserzwingungsklage“). Ferner wurde ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz eingereicht, mit dem Ziel, die Ausnahmegenehmigung bzw. Befreiung zum Zwecke der Kampfmitteldetektion außer Vollzug zu setzen und jedwede Maßnahme zu unterlassen, die zu einer Beeinträchtigung der gesetzlich geschützten Biotope hätte führen können („Verbandsklage“).

Den Beschluss des Gerichtes aber wollte die Weltjugendtag gGmbH nicht abwarten. Sie erteilte dem Standort Hangelarer Heide eine Absage und begründete dies mit der „Blockadehaltung“ des BUND. Daraufhin brandete ein von den Medien geschürter Sturm der Entrüstung über den BUND herein. „Militante BUND-Funktionäre“, „ideologisch verbohrt Typen“ und „Papsthasser“ waren noch die



Foto: Baumgartner

milderen Bezeichnungen. Die beiden BUND-Aktivisten Achim Baumgartner und Paul Kröfges sahen sich einer öffentlichen Beleidigungswelle ausgesetzt. Der Gipfel negativer Art war ein Schmähibrief, gefüllt mit zertrampelten Fröschen. Der BUND erstattete Strafanzeige.

Die örtliche CDU sah sich sogar berufen, gleich die Abschaffung der Verbandsklage zu fordern. Dabei war der BUND noch gar nicht juristisch gegen das eigentliche Vorhaben vorgegangen. Es war schnell klar, dass mit dem BUND der passende Sündenbock gesucht wurde, um von der eigenen dilettantischen Planung und den gravierenden



BUND-Aktivisten - hier in Köln - protestieren landauf landab gegen Gentechnik in unseren Nahrungsmitteln.

Foto: Hölker

Versäumnissen abzulenken. Auch drohten mit der Kampfmittelräumung weitere unkalkulierbare Kosten für die öffentliche Hand oder den Veranstalter.

Der BUND aber blieb seiner sachlichen Linie treu. Gegenüber der Politik, den Behörden und dem Erzbistum Köln wurde die Bereitschaft kundgetan, sich konstruktiv an der Suche nach einem ökologisch unbedenklicheren Standort zu beteiligen.

Ohne BUND-Beteiligung präsentierte die WJT gGmbH nun den ehemaligen Braunkohlentagebau Frechen als neuen Standort. Gemeinsam mit den örtlichen BUND-Aktivisten werden aktuell die Auswirkungen der Großveranstaltung an dieser Stelle geprüft und Vorschläge für eine mögliche Verträglichkeit erarbeitet.

Ein erster Gottesdienst im rekultivierten Tagebau mit nur 700 TeilnehmerInnen offenbarte bereits ein erstes Handicap: Rund um den Tagebau brach ein mittleres Verkehrschaos aus... (dj)

Mehr Infos zum Weltjugendtag 2005:
www.bund-nrw.de oder www.bund-rsk.de

BUND-Aktionen zur Gentechnik

Finger weg von unserer Nahrung!

Mit markanten Aktionen wirbt der BUND landauf landab für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft. Ob vor den Toren der ABIC-Konferenz - des weltweit größten Treffens der Agrogentechniklobby - auf dem Kölner Messengelände, auf dem nordrhein-westfälischen Imkertag in Recklinghausen oder zu vielen anderen Anlässen: mit dem acht Meter hohen Maiskolben ist der BUND-Protest unübersehbar.

Gentechnik in der Landwirtschaft - 10 Fragen - 10 Antworten

Die vielen Anfragen an den BUND NRW zeigen: das Interesse am Thema ‚Gentechnik‘ ist weiterhin enorm, ebenso aber auch die Verunsicherung darüber, was auf Verbraucher und Landwirte zukommen wird. Der BUND hat daher die am häufigsten gestellten Fragen und Antworten ins Internet gestellt; sie können als pdf-Datei unter www.bund-nrw.org/landwirtschaft.htm herunter geladen werden. (rb)

BUND-Recherche schlägt Wellen

Putenhaltung im Landtag

Vor genau einem Jahr stellte der BUND die Ergebnisse umfangreicher, eigener Recherchen zur Putenhaltung vor (vgl. *NW-Info 04-2003*). Sie zeigten: Der Großteil der Puten wird in Nordrhein-Westfalen in Intensivmast gehalten, d.h. in den meisten Ställen leben viel zu viele Tiere auf engstem Raum, ihnen wird ein Teil ihres Schnabels amputiert und sie haben keinen Auslauf ins Freie. Putenhaltung in NRW ist damit zumeist alles andere als tiergerecht.

Auch die Überwachung des Tierschutzes durch die zuständigen Behörden weist eklatante Mängel auf. So teilte die Hälfte der vom BUND befragten Kreisverwaltungen mit, dass ihnen keinerlei Informationen über mögliche gesundheitliche Schäden der Puten und die Sterblichkeitsrate in den Ställen vorlägen.

Als erste Reaktion auf die BUND-Recherche befragte das NRW-Landwirtschaftsministerium daraufhin seinerseits die Tierschutzbehörden im Lande. Die Ergebnisse sind ernüchternd und bestätigen die BUND-Untersuchung auf ganzer Linie. So konnten oder wollten 20 der 30 angeschriebenen Städte und Kreise dem Ministerium keine Angaben zu Art und Häufigkeit gesundheitlicher Schäden machen. Ein Vergleich der Antworten der Kommunen gegenüber dem BUND und dem Ministerium zeigt zudem, dass einige Behörden nachweislich die Unwahrheit sagten und entweder

dem BUND unter Verstoß gegen das Umweltinformationsgesetz oder aber dem Ministerium wissentlich falsche Auskünfte gaben.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass zwischen einzelnen Landkreisen die Sterblichkeitsrate um bis zu 80-100% schwankt. Die meisten Tiere sterben im Verlaufe der Mast dabei ausgerechnet in Betrieben in jenen Kreisen (z.B. Euskirchen, Coesfeld, Warendorf), die dem BUND gegenüber hierzu keine Auskunft gaben.

Die Auseinandersetzungen um bessere Haltungsbedingungen und eine korrekte Überwachung der Tierschutzvorschriften gehen nun in eine neue Runde. So führten die vielen Mängel und Ungereimtheiten im Landtag zu einer kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Landesregierung. Deren Antwort liegt nun vor: die Falsch- bzw. Nichtbeantwortung der BUND-Fragen ist unzulässig und wird fachaufsichtliche Maßnahmen nach sich ziehen. Das Umweltministerium teilt die Auffassung des BUND, dass die gängige Praxis, nahezu allen Mastputen die Schnäbel zu kürzen, nicht mit dem Tierschutzgesetz vereinbar ist. Damit Schnäbelkürzen dem Gesetz entsprechend wieder zur Ausnahme wird, kündigte Ministerin Höhn hierzu nun einen Erlass an. Schließlich stellt sie eine Bundesratsinitiative in Aussicht, die auf eine bundeseinheitliche Verbesserung der Putenhaltung abzielt. (rb)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm. Dort finden Sie auch den Wortlaut der Kl. Anfrage 13/5991 "Putenhaltung in NRW" vom 21.09.2004 sowie die entsprechende Antwort der Landesregierung.

Hochwasserschutz

Alle Jahre wieder: Nasse Füße – nasse Keller

Kölner Altstadt gesperrt, „A2 unter Wasser“, Mehr Platz für den Rhein: Auch in diesem Winter müssen wir uns wieder auf solche Schlagzeilen gefasst machen und die Bewohner entlang der großen Flüsse stellen sich die Frage, ob sie in diesem Jahr ohne Schäden davon kommen werden. Mit dem Projekt *Wassernetz NRW* wollen die NRW-Naturschutzverbände nun die Hochwasser-Ursachen angehen und den Gewässerschutz voran treiben.

Der BUND fordert schon seit langen Jahren einen ökologischen Hochwasserschutz. Zu seinen Forderungen gehören die Wiederherstellung von Auen, die Einrichtung von Retentionsflächen oder die Verhinderung weiterer Flussausbauten. Doch erst die Häu-

fung von Hochwasserereignissen in den letzten Jahren (- so an Rhein, Oder, aber auch kleineren Gewässer wie die Werse bei Ahlen -) führte auch in der Politik zu einem Wandel der Ansichten. So finden Vorschriften zur Vermeidung von Hochwässern und der daraus resultierenden Schäden Eingang in die Wassergesetze der Länder. Zusätzliche Unterstützung gewährt dabei die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die eine deutliche Verbesserung der Gewässer und ihres Umfelds vorschreibt. Dabei setzt die Richtlinie enge Grenzen bezüglich des Zeitrahmens. Bis 2015 muss der „gute ökologische Zustand“ erreicht sein. Bei der Planung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen schreibt die Richtlinie eine umfassende Bürgerbeteiligung vor. Schon jetzt sind die Umweltverbände an der Erhebung des Ist-Zustands beteiligt. Dabei sind sie auf die Mithilfe ihrer Mitglieder angewiesen, denn sie kennen sich vor Ort aus. In den kommenden Jahren wird unsere Aufgabe vor allem darin liegen, den schnellen Rückbau der Gewässers zu fordern und so auch die Hochwassergefahr zu mindern.

Doch auch in naturnahen Gewässern können Hochwässer nicht ausgeschlossen werden. Die Naturschutzverbände sprechen sich daher dafür aus im neuen Landeswassergesetz die Ausweisung von Hochwasserwarnflächen als neues planerisches Element einzubringen: Flächen, bei denen eine Überschwemmung bei Spitzenhochwässern wahrscheinlich ist, müssen von Bebauung und Ackernutzung freigehalten werden.

Christoph Aschemeier

Knüpfen gemeinsam das Wassernetz NRW:
Dr. Christoph Aschemeier, Bianca Eulner und
Rolf Behrens (v.l.).



Foto: Jansen

Wassernetz NRW

Weiterführende Informationen zu den Themen Hochwasser und Wasserrahmenrichtlinie bietet das Wassernetz NRW, ein Gemeinschaftsprojekt von BUND, NABU und LNU.

Kontakt: Wassernetz NRW, c/o BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf

info@wassernetz-nrw.de,
www.wassernetz-nrw.de

BUND-Kampagne gegen Lärm

„Tour de Lärm“ unterwegs in NRW

Im Herbst 2004 finden in Nordrhein-Westfalen letliche dezentrale BUND-Aktionen zum Thema Lärm statt. Kurz entschlossen sprangen die NRW-Verkehrsaktiven auf das bundesweite Lärmprojekt auf und machten die Verkehrslärmplage zu Lande und aus der Luft auch hierzulande zum Thema. Schließlich wird den hiesigen Bürgern auch einiges zugemutet. Die BUND-Kreis- und Ortsgruppen sind gefragt, die reichhaltigen Angebote aus der Landesgeschäftsstelle für öffentlichkeitswirksame Auftritte vor Ort zu nutzen.

Gemeinsam mit den Initiativen gegen Fluglärm nutzte der BUND am 13. September in Bonn vor dem Umwelt- und Verkehrsministerium die Anhörung zur Novellierung des Fluglärmsgesetzes, um mit dem bundgrünen Kaltluftdisplay in Form eines vier Meter hohen Ballons ausreichend Schutz für die betroffenen Bürger und nicht für die Flieger zu fordern.

Das BUND-Kampagnenteam Werner Reh und Tim Harlinghausen aktiv gegen Lärm - hier vor dem Bundesverkehrsministerium in Bonn.



Fotos: Harlinghausen, Prenzel



In Lemgo tummelte sich der BUND mit der dortigen Bürgerinitiative in der Fußgängerzone, um gegen die unsinnige Ortsumfahrung der B 238 zu protestieren. Diese bewirkt nur, dass es im Außenbereich der Straße lauter

wird, innerhalb aber nicht leiser. Das wurde auf dem Banner unseres Ballons dargestellt und auf Informationskarten erläutert, die der BUND zusammen mit Ohropax-Päckchen an die Passanten ausgab. Nachdrücklich Gehör verschafften sich die Aktiven per Straßenlärm-CD auf einem phonstarken „Ghettoblaster“.

Die gleichen Requisiten setzt der BUND - angepasst auf die örtliche Situation - in Willich, der Stadt Viersen und dem Kreistag Viersen ein. Damit wurde die Forderung nach einem Stopp des Flugplatz-Ausbaus Mönchengladbach unterstützt,

als die neu gewählten Abgeordneten zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen kamen.

Geplant sind noch Aktionen an den Flughäfen Düsseldorf, Dortmund und Köln/Bonn sowie eine Stauaktion an der B 229 Langenfeld. Dort wird die Wartezeit mit Schokoriegeln an den Informationskarten versüßt. Letztere weisen darauf hin, dass statt eines Straßenneubaus eine Abbiegespur das Stau- und Lärmproblem schneller, besser und kostengünstiger lösen würde.

Werner Reh, Tim Harlinghausen

Kontakt und Infos zur

Anti-Lärm-Kampagne:

Wer Lust auf kreative Aktionen zum Thema Lärm hat, möge sich melden.

Wir erwarten Eure Ideen und bieten Euch einige Hilfen für deren Umsetzung.

BUND NRW, Tim Harlinghausen/Werner Reh, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211/302005-25, www.bundgegenlaerm.de



BUNDjugend spielt Politisches Straßentheater in Bielefeld

Anders mobil machen

Anlässlich des „Run & Roll Days“ auf der Stadtautobahn in Bielefeld zeigten am 12. September Jugendliche mit der BUNDjugend NRW ein Theaterstück der Extraklasse. Die Jugendlichen wollten mit dieser Performance einen Gegenpart zu der sonst reinen Spaßveranstaltung setzen und die Besucher zum Nachdenken anregen. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass der Verkehr mit seinem immensen Flächenverbrauch, seinen Abgasen und seinem Lärm für große ökologische Probleme sorgt und die Stadtautobahn eigentlich ein Lebensraum ist, den man als Fußgänger zurückerobern sollte“, sagte BUNDjugend-Teilnehmerin Elli (19 Jahre).

Gerne hätten die Jugendlichen direkt auf der Stadtautobahn im Rahmen des Aktionstages gespielt. Dem Veranstalter gefiel die Idee jedoch nicht, da er Sponsoren nicht verärgern wollte und der reine Spaßcharakter nicht getrübt werden sollte. „Ich bedaure diese Ablehnung sehr, da es wichtig ist, Jugendliche in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen. In der Bielefelder Innenstadt hatten wir natürlich weniger Publikum als auf dem Run & Roll Day“, so Scarlett Werner von der BUNDjugend NRW. Im Vorfeld erarbeiteten die Jugendlichen nach Methoden des Politischen Aktionstheaters eine eigene Performance zum Thema Verkehr und Öko-

logie. Auf diese Weise setzten sich die Jugendlichen intensiv mit dem Problem auseinander und das Thema wurde für die Öffentlichkeit spannend aufbereitet. Dabei wurde auch nach Lösungen für die Probleme gesucht, wie z.B. die stärkere Nutzung von Bus, Bahn oder Fahrrad. Das Stück zeigte mit Tanz und Pantomime die Verherrlichung des Autos und die Folgen des Flächenverbrauchs und thematisierte die Probleme des Flugverkehrs.

Die Aktion war Teil des landesweiten Projektes YOU move2, das sich ausschließlich um das Thema Jugend und Mobilität dreht.

Scarlett Werner



Der Bau von Insektennisthilfen, die Entwicklung eines Energiespar-Konzeptes für die Schule, den zubetonierten Schulhof in ein grünes Klassenzimmer verwandeln oder eine Fahrraddemo organisieren - es gibt zahllose Möglichkeiten sich an dem neuen Wettbewerb der BUNDjugend NRW zu beteiligen. Unter dem Motto „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht“ sollen Teens und Kids Missstände in der Umwelt aufdecken und die Probleme anpacken. Und können dabei attraktive Preise gewinnen.

Der neue BUNDjugend-Umweltwettbewerb für 11- bis 15-Jährige „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht“

Für den Wettbewerb können die Teens und Kids ein Umweltthema in ihrem Umfeld frei wählen, einen Bereich in dem sie gerne etwas ändern möchten. Sie können zuhause und in der Schule, in der Stadt, in Naturlandschaften oder unterwegs, z.B. im Rahmen einer Klassenfahrt oder beim Wochenendausflug, aktiv werden. Sie sind aufge-

fordert, ihr Thema von allen Seiten zu beleuchten, Natur- und Umweltschutzprobleme aufzuzeigen und insbesondere im Hinblick auf die Einflüsse des Menschen zu untersuchen.

In einem zweiten Schritt sollen sie die Missstände direkt angehen oder Verbesserungsvorschläge entwickeln. Sie zeigen ihren Mitmenschen, wo es langgehen kann und werden dadurch zu Zukunftsscouts. Eine Dokumentation ihres Projektes soll als Wettbewerbsbeitrag bei der BUNDjugend

eingereicht werden. Das muss nichts Großes sein – es reicht eine kurze Projekt-Beschreibung.

Die Präsentation kann aber auch mit einem Theaterstück, einem Videofilm, einer Foto-Collage, als Comic, einem Spiel oder als etwas ganz anderem erfolgen.

Als Hauptgewinn gibt es ein Kletter-Wochenende. Neben Büchern, Spiele-Sammlungen, Rollerblades, Rucksäcken und vielen anderen Outdoor-Utensilien winken weitere große und kleine Sachpreise für Gruppen und Einzelteilnehmer.

Gabi Diethers

„Wir machen anders mobil“ - die BUNDjugend bei ihrer Performance in Bielefeld.

Foto: BUNDjugend

Die neue Broschüre zur Jugend-Mobilitätskampagne der BUNDjugend NRW: YOU-move2 ist erschienen

und kann in der Geschäftsstelle der BUNDjugend in Soest kostenlos bestellt werden (auch in Gruppenstärke). Auf 12 Seiten wird mit vielen Bildern präsentiert, was Jugendliche in NRW bisher schon an Ideen für eine umweltverträgliche und jugendgerechte Mobilität umgesetzt haben. Außerdem werden der umwelt- und jugendpolitische Hintergrund der YOU-move2-Kampagne skizziert, einige der bisherigen YOU-move2-Projekte vorgestellt sowie weitere Projekt- und Aktionsmöglichkeiten vorgeschlagen.



Kontakt: Scarlett Werner, BUNDjugend NRW, Postfach 1121, 59471 Soest, Fon: 02921 33640, Fax 02921 33645, Mail: YOU-move2@bundjugend-nrw.de

Weitere Informationen / Teilnahmebedingungen / Anmeldung:

Detaillierte Informationen über den vom NRW-Umweltministerium geförderten Wettbewerb können Sie in der Landesgeschäftsstelle der BUNDjugend oder im Internet anfordern. Wer mitmachen möchte und sich bei der BUNDjugend anmeldet, bekommt ein Zukunftsscouts-Startset und kann dann richtig loslegen.



Kontakt: BUNDjugend NRW, Projektteam Zukunftsscouts, Postfach 1121, 59471 Soest, www.zukunftsscouts.de, anmeldung@zukunftsscouts.de, info@zukunftsscouts.de

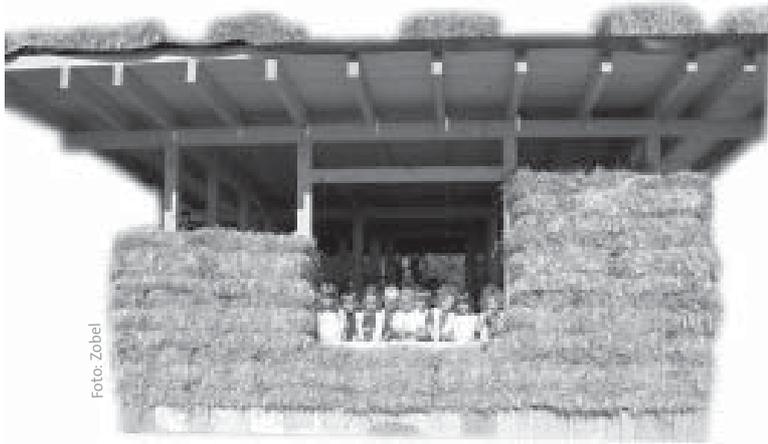


Foto: Zobel

„Ziegel vom Feld“

Ein Haus aus Stroh

Im Naturerlebnisgarten der BUND-Ortsgruppe Herten entsteht zurzeit ein Strohhallenhaus. Mit Unterstützung von Hertener Migranten und Hauptschülern werden aus 300 Strohbällen und einer Holzträgerkonstruktion ein Gruppenraum, ein kleiner Abstellraum und eine Sommertoilette aus Rindenmulch entstehen. Nach Fertigstellung kann das Haus von den beteiligten Gruppen, aber auch vielen Kindergarten- und Grundschulkindern als Gruppenraum genutzt werden. Die finanzielle Förderung übernimmt die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW aus Mitteln des Umweltministeriums.

Stroh ist ein altbekanntes und bewährtes, jedoch beinahe vergessenes Baumaterial. Als landwirtschaftliches Nebenprodukt, ist der Ziegel vom Feld nicht nur preiswert (ca. 1,50 Euro/Ballen) sondern verfügt auch über ein gutes Wärmedämmvermögen. Zugleich hat Stroh, gerade in Verbindung mit weiteren regional verfügbaren und einfach zu verarbeitenden Materialien wie Lehm und Holz, auch gute statische und bauphysikalische Eigenschaften. Ein weiterer Grund, warum sich die BUND-Ortsgruppe für Stroh als Baumaterial entschieden hat ist, dass auch weniger qualifizierte HandwerkerInnen mit einfachen Werkzeugen ein solides Haus errichten können und nicht zuletzt wollten die Bauherren und -damen Spaß bei der Arbeit haben.

Wer als Kind das Glück hatte, nicht nur mit Bauklötzen in der Wohnung sondern auch auf einem abgeernteten Stoppelfeld Buden aus Stroh bauen durfte, kann unsere Begeisterung sicher verstehen.

Sigrun Zobel

Mehr Infos: BUND Ortsgruppe Herten, Sigrun Zobel, Tel.: 02366 937998, e-mail: bund-naturerlebnisgarten@web.de, www.herten.de/homepage_verein/bund/

Kontakt und Infos:
Eine Übersicht über das Angebot der BUNDjugend an Kinder- und Jugendfreizeiten finden Sie unter www.bundjugend-nrw.de

Naturerlebnis-Workcamp in der Eifel Wildnis wagen

Im August tauchten Jugendliche aus ganz NRW mit der BUNDjugend in den neuen Nationalpark Eifel ein. Eine Woche lang campierten die 14-19 jährigen Jugendlichen bei Dedenborn, um den Nationalpark näher kennen zu lernen und ihn tatkräftig zu unterstützen. Das Programm reichte von praktischem Naturschutz über inhaltliche AGs bis zu Naturerlebnisaktionen im Stile des „Outward Bound“.

Vormittags stand gemeinsam mit den Rangern der Nationalparkforstverwaltung praktischer Naturschutz auf dem Programm, wie z.B. der Abbau alter Wildgatter. Nachmittags gründeten die Jugendlichen in einem Planspiel Staaten, entdeckten durch Landart die Natur neu und gestalteten eine TV-Show zum Themenkomplex Nationalpark, Verkehr und Tourismus. Zusammen mit einem Ranger erkundeten sie den Nationalpark und erfuhren viel Wissenswertes über seine Entstehung und seine Natur. Dabei trotzten sie Wind und Wetter und ließen sich durch den Regen nicht die gute Laune verderben. Sich treiben lassen in der flachen Rur und gemütliche Abende am Lagerfeuer mit Geschichten, Spielen und Musik ließen die Tage gut ausklingen.

Besonderer Highlights waren eine Kompassnachtwanderung und das Klettern im Hochseilgarten, wo die Jugendlichen mit dem Sprung ans Trapez und dem gemeinsamen Klettern an einer riesigen Leiter sehr viel Mut und Kooperation gezeigt haben. Am Ende waren sich alle einig, dass diese Woche ein unvergessliches Erlebnis war und es sich lohnt, Wildnis zu wagen und Grenzen zu überschreiten.

Scarlett Werner



Foto: BUNDjugend

Renaissance der Einheitstonne? Gelb in grau

Einmal mehr werden zurzeit die Sammelsysteme zur getrennten Erfassung von Wertstoffen des Hausmülls diskutiert. Anlass sind neue Sortiertechnologien, die angeblich aus gemischten Abfällen verwertbare Stoffströme in akzeptabler Menge und Qualität liefern. Haben deshalb Millionen von Hausmännern und -frauen umsonst penibel die Mülltrennung gelernt? Erlebt die Einheitstonne eine Renaissance?

Für Claudia Baitinger, Sprecherin des BUND-Landesarbeitskreises Abfall steht fest: „Nur ganz wenige kapitalstarke Entsorger werden sich eine solche High-Tech-Sortier-Anlage zulegen können. Den kommunalen Betrieben wird dies nicht möglich sein, ohne dass der Gebührenzahler kräftig zur Kasse gebeten wird. Die Konsequenz: Die Abfallentsorgung gerät zunehmend in die Hände privater Monopole.“

Der BUND verschließt sich keinesfalls neuen technischen Verfahren. Voraussetzung dafür ist allerdings ein Mehr an Umweltschutz und verursachergerechte Gebühren. Wenn durch neue Sortiertechniken Müllverbrennungsöfen reduziert und die Verwertungsquote gesteigert würden, zudem die Zuständigkeit öffentlicher Entsorgungsträger erhalten bliebe, böte sich eine interessante Perspektive. Vorrangig ist und bleibt allerdings die Abfallvermeidung. (dj)

Weitere Infos: Ein BUNDaktuell zur so gen. „Zebra“- oder Einheitstonne finden Sie unter www.bund-nrw.de/labfall

Experten Claus Doering. Alle Fragen rund um den Greifvogelschutz sind bei ihm gut aufgehoben.

Kontakt: Claus Doering, BUND-AG Wanderfalkenschutz, Weidenweg 14, 50389 Wesseling-Urfeld, Tel.: 02236 / 2485. Fax: 02236/923565

► **Müllverbrennungsanlagen im Schafspelz:** Von zahlreichen UmweltschützerInnen unbemerkt endete am 28. 6. 2004 die dreijährige Frist für die Genehmigungsfähigkeit so genannter Biomasseheizkraftwerke, in denen auch hoch belastete Sondermüll-Althölzer wie Bahnschwellen, Munitionskisten, Hafen-verbauungen u.ä. gemäß der 17. BImSchV verbrannt werden dürfen.

Quer durch Deutschland liefen die Akzeptanzbemühungen der Investoren solcher Sondermüllverbrennungsanlagen – zum Glück häufig erfolglos. Einem gut kooperierenden Netzwerk von UmweltschützerInnen, Bürgerinitiativen zusammen mit BUND-MitstreiterInnen vor Ort gelang es in vielen Fällen, durch Aufklärung, fundiertes Fachwissen und Informationsaustausch solche „Müllverbrennungsanlagen im Schafspelz“ und zukünftige MVA-Light-Versionen zu verhindern.

Mehr Infos: Claudia Baitinger, BUND-LAK Abfall, claudia.baitinger@bund.net

+++ kurz & wichtig +++

► **Vorankündigung LDV 2005:** Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am 17. April 2005 in Hamm statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor.

► **Umweltprüfung in Bauleitplanung:** Am 20. Juli 2004 ist das Europarechtsanpassungsgesetz Bau in Kraft getreten. Im Bereich der Bauleitplanung ist nunmehr sowohl für den Flächennutzungs- als auch für den Bebauungsplan eine so gen. Umweltprüfung (UP) durchzuführen. Der UP-Pflicht unterliegen bis auf Planänderungen im vereinfachten Verfahren alle Bauleitpläne im Aufstellungsverfahren. Die Gemeinde legt im „Scoping“ den Umfang und Detaillierungsgrad für die Umweltuntersuchung fest und erläutert im „Umweltbericht“ zum Entwurf des Bauleitplans die ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes.

Das Ergebnis der UP kann sich durch die Stellungnahmen von Naturschutzverbänden, Bürgern und Behörden während der Offenlage noch verändern und ist im Rahmen der Abwägung aller von der Planung berührter Belange zu berücksichtigen. Neu ist die Verpflichtung der Gemeinden, die tatsächlichen Umweltauswirkungen im Zuge der Plandurchführung zu überwachen. Ein Pflicht zur Beseitigung der im „Monitoring“ festgestellten Missstände resultiert daraus jedoch nicht.



► **Einsatz für Eulen und Greife:** Von der Sanierung eines Jahrhunderte alten Turmes in Walberberg (Rhein-Sieg-Kreis) profitierte auch die dort lebende Schleiereule. Auf Betreiben des BUND wurde gleich ein ganzes Geschoss als neue Bleibe für die Eule reserviert. Nur ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit des BUND-

Sonnige Zukunft

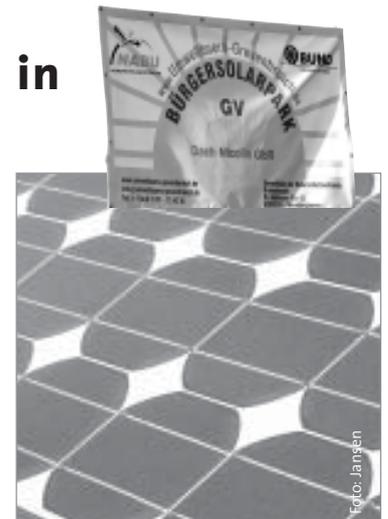
Bürgersolarpark in Grevenbroich

Am 15. Oktober 2004 war es soweit. Nach zwei Jahren Vorbereitungszeit wurde der 1. Bürgersolarpark Grevenbroich feierlich eingeweiht. Insgesamt 15 Gesellschafter haben sich an dem Projekt unter Leitung der BUND-Ortsgruppe Grevenbroich beteiligt und eine Fotovoltaik-Anlage mit einer Leistung von 4,99 KW_p auf dem Dach der Baumschule Nicolin installieren lassen. Die Beteiligungen konnten in Stücken á 500,- Euro von GrevenbroicherInnen erworben werden. Das war besonders für Leute ohne passendes Dach z.B. Mieter interessant. Weitere Anlagen im Rhein-Kreis Neuss sollen nun folgen.

Besonders freundlich empfangen wurde Landesumweltministerin Bärbel Höhn, die bei der Einweihung eine Rede zum Thema erneuerbare Energien hielt. Sie begrüßte die Initiative der Solarparkbetreiber als kleinen, aber wichtigen Schritt zum Klimaschutz und wünschte, dass sich viele Nachahmer der Idee finden.

Henning Walther, BUND-Ortsgruppensprecher freute sich über die gelungene Veranstaltung, die auch in Presse und Radio ein positives Echo fand.

Rolf Behrens



Weitere Infos, auch zur Abwicklung: www.umweltbuero-grevenbroich.de



Verfehlte Energiepolitik
Klimakiller BoA

Stichwort: BoA

Das so gen. „Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik“ hat zwar mit 43 % gegenüber den Altkraftwerken einen höheren Wirkungsgrad, bleibt aber ein „Klimakiller“, denn der CO₂-Ausstoß pro Tonne verbrannter Kohle bleibt gleich (1 t Kohle = 1 t CO₂).

Die Milliardeninvestition lohnt nur bei langen Laufzeiten und erheblichen Subventionen. BoA-Kraftwerke stehen damit für eine auf Jahrzehnte programmierte Klima- und Umweltzerstörung sowie ein verfehlte Industriepolitik auf Kosten der Heimat und Gesundheit zigtausender Menschen.

Zeitgleich mit der Kritik des Umweltbundesamtes an den Milliarden-Subventionen für die deutsche Braunkohle hat der BUND bei der Bezirksregierung Düsseldorf beantragt, die Genehmigung eines geplanten 2.200 Megawatt-Braunkohlenkraftwerks in Grevenbroich-Neurath zu versagen. In einer ausführlichen Stellungnahme zum Vorhaben hat der BUND zahlreiche Verstöße gegen bestehendes Umweltrecht dargelegt. „Dieses 2-Milliarden-Euro-Projekt wäre eine Investition in fortgesetzte Umweltzerstörung und Klimaschädigung“, fasste BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen die Kritik zusammen. Dass die „ökologisch verheerende Braunkohlennutzung“ nach der aktuellen UBA-Studie darüber hinaus auch noch mit jährlichen Subventionen in Höhe von mindestens 4,5 Milliarden Euro staatlich gefördert wird, ist ein Skandal.

Der BUND appellierte an die Energiewirtschaft, sich nicht länger einer zukunftsfähigen Energiestruktur zu verweigern. Um dem Klimaschutz gerecht zu werden, müssen jetzt verstärkt hocheffiziente Gaskraftwerke (GuD) gebaut sowie Energiesparttechnologien und erneuerbare Energien forciert werden. Das löst Umweltinvestitionen aus und schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Diese Chance zu einer Energiewende darf nicht verpasst werden.

Wenn das neue Mega-Kraftwerk käme, würde die Nutzung der Braunkohle aus Garzweiler und Hambach für weitere 40 Jahre zementiert - mit allen nachteiligen ökologischen und sozialen Folgen.

Das BoA-Kraftwerk Neurath würde jährlich zwischen 12 und 20 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid emittieren. Dazu stößt ein BoA-Kraftwerk erhebliche Mengen gesundheitsgefährdenden Feinstaubes und giftiger Schwermetalle aus. Als Standort ist ausgerechnet ein Lebensraum des vom Aussterben bedrohten Feldhamsters vorgesehen. Dazu würde das Kraftwerkskühlwasser die

Temperatur der Erft weiter anheizen - ein klarer Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot der Wasserrahmenrichtlinie.

Nach der vom Wuppertal-Institut im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellten Studie wird diese wenig zukunftsfähige Stromerzeugung aus Braunkohle jährlich allein mit 602 Millionen Euro gegenüber derjenigen aus umweltfreundlicherem Gas subventioniert. Insgesamt belaufen sich die direkten Braunkohle-Subventionen danach auf 960 Mio. Euro/a. Dazu kommen externe Effekte in Höhe von mindestens 3,5 Milliarden Euro jährlich. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle.

**BUND-Erfolg:
Lufreinhalteplan für's Revier**

Während das SPD-geführte Energieministerium öffentlich weiterhin keinen Handlungsbedarf sieht, kündigte Umweltministerin Bärbel Höhn jetzt einen Lufreinhalteplan für den Tagebau Hambach an. Dieser Erfolg ist Resultat der BUND-Kampagne zur Reduzierung der Feinstaub-Immissionen aus Braunkohlentagebauen.

Gemeinsam mit der Bürgergemeinschaft Niederrhein hat der BUND die Zusammenhänge und Risiken aufgedeckt. Die daraufhin installierten Messstationen registrieren seitdem regelmäßig Überschreitungen der Feinstaub-Grenzwerte. Nach der ab dem 1.1.2005 verbindlichen Luftqualitätsrahmenrichtlinie macht dies entsprechende Lufreinhaltepläne notwendig.

Dazu wurde mit Unterstützung des Bundesumweltministerium ein Untersuchungsprogramm zur Ermittlung der radioaktiven Zusatzbelastung durch die Braunkohle gestartet. (dj)

IMPRESSUM

Das **NRW-Info** wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), dirk.jansen@bund.net ♦ **Auflage:** 16.200 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ (rb) Ralf Bilke, (jb) Jochen Behrmann ♦ Das **NRW-Info** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.12.2004 ♦ © BUND NRW 11/2004 (Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW)